

Was passiert in der Ukraine? Mehr Ostpolitik mit einem anderen Blick wagen

Was passiert gerade in der Ukraine? Viele Deutungen machen die Runde: Ein europäischer Freiheitsaufstand. Ein national(istisch)er Aufstand gegen russische Unterdrückung. Ein Putsch eines Oligarchen-Clans gegen einen anderen verbunden mit dem Austausch der Regierung. Ein geopolitischer Eroberungsversuch der Ukraine durch EU und NATO. Oder gar eine Machtübernahme faschistischer Gruppen, die zuerst die staatliche Ordnung in der Ukraine und dann ganz Europa destabilisieren wollen. Für jede dieser Behauptungen findet man vermeintliche Beweise und russische Fernsehsender überschlagen sich geradezu dabei, aufzuzeigen, wie die Ukraine immer mehr von „Faschisten“ destabilisiert wird.

Der Eindruck von mir, den ich während meiner Reisen in die Ukraine vor den Ereignissen im Februar auf dem Majdan in Kiew gewann, ist der, dass in der ukrainischen Gesellschaft vor allem eine jüngere bereits nach dem Ende der Sowjetunion geborene Generation gegen Probleme mit der postsowjetischen Wirklichkeit rebelliert. So beispielsweise gegen einen Staatsapparat, der mit Rentenmentalität und Korruption jegliche freie kreative Entfaltung, sei es im ökonomischen, kulturellen oder wissenschaftlichen Bereich, behindert und so Modernisierung und Innovation verhindert. Das gilt ebenso für mafiöse Banden- und Oligarchengruppen, die nur zu ihrem Vorteil Tribute erpressen.

Forderungen nach einem gesellschaftlichen Dialog

Viele hatten die Hoffnung, darüber im Rahmen einer Assoziierung mit der EU langfristig auch aufgrund der von der EU geforderten neuen Regeln in einen offenen gesellschaftlichen Dialog zu treten. Zu breitem öffentlichen Protest kam es daher auch erst, als Janukowitsch sich weigerte, den bereits ausgehandelten Assoziierungsvertrag mit der EU zu unterzeichnen. Diese Protestbewegung führte zum Euromajdan, bei dem über Monate ein offener Dialog geführt wurde, wie man einen zivilgesellschaftlichen Aufbruch in die postsowjetische Wirklichkeit bekommt. Hierbei widerspreche ich auch Peter Alberts, wenn er davon spricht, dass auf dem Euromajdan „Neoliberalismus“ gewünscht werde. Nein, es geht und ging zu aller erst darum, in einen zivilgesellschaftlichen Dialog zu treten, um einen autoritären und korrupten Staat und eine unter ihm leidende Öffentlichkeit zu reformieren. Dass in Transformationsgesellschaften dann oft neue erfolgreiche Eliten aus ihrer negativen Staatserfahrung heraus oft jeglicher staatlichen Regulierung kritisch gegenüberstehen, steht auf einem anderen Blatt, spielt in der Ukraine aber noch kaum eine Rolle. Aber sicherlich sollte man in einem Land, in dem für die meisten BürgerInnen die Finanzierung ihres Alltags die größte Herausforderung ist, nicht annehmen, dass mehrheitlich postmaterielle oder gar grüne Themen die maßgebliche Rolle spielen. In Lemberg (Lviv) war die Hauptforderung des Automajdan beispielsweise: „Europäische Autos für europäische Preise“.

Neofaschistische Gruppen und die Partei „Swoboda“

Anfangs dachte Janukowitsch noch, er könnte diesen gesellschaftlichen Aufbruch aussitzen. Doch als er merkte, dass Medien und selbst viele von ihm nach Kiew gekarrte „Gegendemonstranten“ dem Reiz des Euromajdan nicht widerstehen konnten und sich in den offenen Dialog einmischten, versuchte er, sicher auch auf Druck und mit Hilfe aus Moskau, den Euromajdan zu räumen. Wir kennen alle die Gewaltausbrüche, die dann folgten und sicherlich konnte die bloße Anwesenheit der Außenminister des Weimarer Dreiecks noch schlimmere Maßnahmen wie noch stärkeres Blutvergießen, Kriessrecht und Massenverhaftungen verhindern.

Diese Gewaltanwendung von staatlicher Seite führte dann erst dazu, dass sich paramilitärische neofaschistische Gruppen wie der Rechte Sektor als „Beschützer“ profilieren konnten. Diese neofaschistische Gruppe, die heutzutage von russischen Medien so hochgespielt wird - übrigens zumeist bei Gewaltausbrüchen, bei denen russische Medien „zufällig“ anwesend sind und danach die Vertreter des Rechten Sektors die gewalttätigsten Provokateure gar nicht kennen - steht bei aktuellen Umfragen bei 1,8 % und wurde inzwischen auch von staatlicher Seite entwaffnet. Ich

kann im Gegensatz zu russischen Medien nicht erkennen, wie diese Gruppe die Ukraine destabilisiert.

Doch wie sieht es mit der Partei „Swoboda“ aus, die auch an der Übergangsregierung beteiligt ist? Sind sie gefährliche „Faschisten“? Diese Partei ist ein schwer zu definierendes Sammelbecken. Einerseits ist sie vor allem in der Westukraine eine Partei mit vielen pragmatischen und daher paradoxerweise auch EU-freundlichen rechtsnationalistischen Politikern, die auch Probleme mit der postsowjetischen Wirklichkeit haben und meinen, ein „nationales Erwachen“ und sich Befreien von allen ehemaligen „Unterdrückern“ der Ukraine wäre die richtige Opposition hierzu. Ob diese aktiven Politiker nun die ehemaligen „Unterdrücker“ selber nationalistisch unterdrücken wollen, ist unklar. Äußerungen hierzu gibt es, klar erkennbare Aktionen aber zum Glück nicht. Kritisch ist bei „Swoboda“ aber zu betrachten, dass sie in der gesamten Ukraine größtenteils die neofaschistische Hooliganszene integrierte. Diese Partei, die weder in der Regierung noch in der Gesellschaft eine erkennbare Mehrheit hat, sollte man aber immer kritisch im Auge haben.

Meine Eindrücke von der Ukraine

Nach meiner Reise Ende März in die Ukraine kann ich feststellen, dass keinerlei Destabilisierung dort erkennbar ist. Die staatliche Infrastruktur funktioniert genauso recht wie schlecht wie immer. Nur die Barabhebung von UAH ist bei manchen Banken beschränkt. Gewalt und Chaos herrscht nur in den russischen Medien, wo die Ukraine beständig als „failed state“ dargestellt wird.

Für mich zeigt sich die Ukraine eher als post-ethnische Nation, die ungelenkt versucht in einem freien und offenen Dialog ihren Weg aus den Problemen mit der postsowjetischen Wirklichkeit zu finden. Bezeichnend hierbei ist, dass in allen ukrainischen Fernsehsendern oben links die ukrainische Flagge mit der Feststellung, dass die Ukraine einig sei, ist. Und ethnische oder sprachliche Fragen spielen kaum eine Rolle, obwohl von den rund 45 Millionen BürgerInnen der Ukraine fast 78 Prozent ethnische UkrainerInnen und gut 17 Prozent ethnische RussInnen und der Rest Angehörige anderer Ethnien sind. Und auch, dass zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Ukrainisch und ein Drittel Russisch sprechen, ist kein Problem. Die russisch-sprachigen UkrainerInnen sehen sich normal als UkrainerInnen. Den Wunsch, das Land zu föderalisieren oder sonst wie aufzuspalten, nahm ich kaum wahr. Nur in Odessa auf dem Platz vor dem Rathaus, wo eine Bühne und Zelte stehen, mit einem Propagandagewirr angefangen mit der Aussage, dass Odessa Russisch spricht verbunden mit sowjetischen Propagandafahnen und russisch-orthodoxer Kreuze. Dort wird ein Referendum für einen Anschluss an Russland gefordert. Eine Massenbewegung ist das aber ganz und gar nicht, auch wenn es originell ist, wenn diese Gruppen mit ähnlichen Aktionen wie auf dem Euromajdan (feste Bühne und Besetzung öffentlicher Gebäude) diesen Eindruck erwecken wollen. Der offene Dialog des Euromajdan wird von der großen Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung mitgetragen – die Referendumspropaganda nur von einer oft von Russland angestachelten Minderheit. Ganz im Gegenteil: In der Bahnhofskneipe in Odessa machten sich russischsprachige Odessisten einen Spaß daraus, die russischen Nachrichten mit ihrer anti-ukrainischen Propaganda anzuschauen.

Und die Oligarchen? Sie sind zwar einflußreich, aber auch sie bestimmten den zivilgesellschaftlichen Aufbruch nicht. Sie lassen über ihn höchstens berichten, wie es Poroschenkos Fernsehkanal 5 tut. Generell sind sie auch an einer unabhängigen Ukraine interessiert. Sie fürchten vor allem ökonomischen Wettbewerb, sei er aus Russland oder aus der EU. Poroschenko will nun versuchen Präsident zu werden und hat dazu gute Chancen. Falls er es wird, folgen die ukrainischen WählerInnen einer momentanen Tendenz in Transformationsländern: Man wählt Reiche mit der Erwartung, dass diese immuner gegen Korruption seien.

Festzustellen ist aber, dass der gesellschaftliche Aufbruch wenig mit den Oligarchen zu tun hat und ihnen gegebenenfalls sogar schaden kann, wenn die Probleme mit der postsowjetischen Wirklichkeit wirklich ernsthaft angegangen werden.

Geopolitische Überlegungen

Und wie sieht es mit geopolitischen Überlegungen aus?

Bei dem zivilgesellschaftlichen Aufbruch in der Ukraine war nur klar, dass man bei der Lösung der Probleme stärker die EU mit einbeziehen will. Gegen Russland war das gar nicht gerichtet; nur konnte und wollte man aus diesem Land nicht die Lösungen für die Probleme. Man weiß, dass Russland ähnliche Probleme hat; es diese als ernst genommene Regionalmacht mit hohen Einnahmen aus den Energieexporten aber anders löst. Die Einnahmen aus den Energieexporten, die die Ukraine so nicht hat, erlaubten es Putin einen finanziell stabilen Staatsapparat mit einem fast allmächtigen Sicherheitsdienst aufzubauen. Dieser starke Staat lenkt fast alle Medien und die Gesellschaft so gut er kann. Und die Modernisierungslücke wird zumeist nur mit Importen reduziert. Diese vermeintliche Stabilität ist für viele vor allem junge UkrainerInnen nicht die Lösung der Probleme, auch wenn sie bis zur Besetzung der Krim keinerlei Berührungspunkte mit Russland hatten.

Nein, erst die Besetzung der Krim brachte überhaupt verstärkt geopolitische Überlegungen in den Diskurs – wenn man von Auftritten westlicher Politiker auf dem Euromajdan zuvor absieht.

Vielleicht müssen in der nachträglichen historischen Betrachtung die UkrainerInnen Putin sogar dankbar sein, dass ihr zivilgesellschaftlicher Aufbruch durch seine Besetzung der Krim überhaupt erst international ernst genommen und wirklich ernsthaft unterstützt werden muss.

Bis jetzt hofft Putin noch, dass Russland als Ort vermeintlicher Stabilität mit seinem Angebot der Eurasischen Union für die UkrainerInnen attraktiv wird, wenn bei den Lösungen der Probleme der postsowjetischen Wirklichkeit verstärkte Krisen in der Ukraine eintreten. Diese befördert er dann zudem mit steigenden Energiepreisen für die Ukraine und dem pro-russischen und anti-ukrainischen Propagandakrieg in seinen Medien.

Wenn diese seine Hoffnung nicht erfüllt wird, bleibt nur zu hoffen, dass er die „Bruderschaft“ zur Ukraine beendet und sie „nur“ noch als Nachbar ansieht. Dann könnte er auch feststellen, dass eine Mehrheit der UkrainerInnen gar nicht interessiert ist, dass die Ukraine NATO-Mitglied wird. Die ukrainische Übergangsregierung holt momentan sogar Gutachten von österreichischen Juristen ein, die prüfen, inwieweit man Blockfreiheit verfassungsrechtlich festschreiben kann. Wenn Putin aufhört die Ukrainerinnen und Ukrainer zu demütigen, wird er feststellen, dass niemand in der Ukraine ihn demütigen will, wenn er mit ihnen friedlich als Nachbar zusammenleben will.

Die EU sollte mehr Ostpolitik wagen, bei der sie einen stärkeren Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen in der postsowjetischen Wirklichkeit hat als nur auf die politischen Eliten und auf wirtschaftliche Eigeninteressen. Dabei muss immer auch die Hand nach Russland ausgestreckt bleiben, um es in diesen Prozess wie immer es möchte einzubinden – ohne Vetorecht natürlich. Geopolitik des 19. Jahrhunderts verbunden mit militärischer Drohung kann aber nicht akzeptiert werden. Wenn das das einzige ist, was Putin im Kopf hat, weiß ich nicht, wo das enden soll.

Noch habe ich aber die Hoffnung, dass der Kreml -wer immer dort dann auch regiert-, sobald er merkt, dass sich Russland selber gänzlich isoliert und überfordert, auch wieder lieber auf die Kraft der „soft power“ anstatt auf imperiale Machtpolitik ohne Format setzt. Vielleicht gibt es bis dahin ja auch tragbare Lösungen für die Probleme der postsowjetischen Wirklichkeit in der Ukraine, von denen Russland Anregungen übernehmen kann. Ich denke sogar, dass Russland langfristig auch wieder mit der Ukraine über die Rückgabe der Krim verhandeln wird, da es die Herausforderungen, die Halbinsel „russisch“ zu machen, unterschätzt hat und die Bewohnerinnen und Bewohner der Krim irgendwann Russland doch mehr als Besatzer denn als Befreier sehen.

Holger Haugk (KV Leipzig, Europalistenkandidat)